

Steffen Pappert, Corinna Schlicht, Melani Schröter und
Stefan Hermes (Hgg.)

Skandalisieren, stereotypisieren, normalisieren

**Diskurspraktiken der Neuen Rechten
aus sprach- und literaturwissenschaftlicher Perspektive**



BUSKE

Skandalisieren, stereotypisieren, normalisieren

Sprache – Politik – Gesellschaft

herausgegeben von

Heidrun Kämper, Steffen Pappert
und Kersten Sven Roth

Band 27



BUSKE

Skandalisieren, stereotypisieren, normalisieren

Diskurspraktiken der Neuen Rechten
aus sprach- und literaturwissenschaftlicher
Perspektive

herausgegeben von

Steffen Pappert, Corinna Schlicht,
Melani Schröter und Stefan Hermes



BUSKE

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <<https://portal.dnb.de>> abrufbar.

ISBN 978-3-96769-076-7
ISBN eBook (PDF) 978-3-96769-077-4

© 2021 Helmut Buske Verlag GmbH, Hamburg. Alle Rechte vorbehalten. Dies gilt auch für Vervielfältigungen, Übertragungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen, soweit es nicht §§ 53 und 54 UrhG ausdrücklich gestatten.
Umschlaggestaltung: J. Böning / R. Fischer, Kunstschule Wandsbek, Bremen. Druck und Bindung: CPI Gruppe Deutschland.
Printed in Germany.

Inhalt

Steffen Pappert, Corinna Schlicht, Melani Schröter und Stefan Hermes Einleitung: Skandalisieren, stereotypisieren, normalisieren. Diskurspraktiken der Neuen Rechten aus sprach- und literaturwissenschaftlicher Perspektive	1
Steffen Pappert und Kersten Sven Roth Überlegungen zu einer pragmalinguistischen Modellierung von Populismus – am Beispiel des innerdeutschen Diskurses	9
Enno Stahl „Faschistischer Stil“. Rechte Belletristik und ihre Ideologie (Jünger, Drieu la Rochelle, Raspail, Di Tullio)	29
Melani Schröter Diskurs als begrenzter Raum. Metadiskurs über den öffentlichen Diskurs in den neurechten Periodika <i>Junge Freiheit</i> und <i>Sezession</i>	51
Kyra Palberg Grenzziehungen. Kollektivsymbole und Metaphern in der Diskursverschiebung nach rechts	67
Constanze Spieß Strategien sprachlicher Gewalt im Kontext rechtspopulistischen Sprachgebrauchs	91
Corinna Schlicht „Wir sind bereit, gegen die Invasion des Multikulti zu kämpfen.“ Die Diskurspraktiken der Neuen Rechten im satirischen Zerrspiegel von Franzobels dystopischem Kriminalroman <i>Rechtswalzer</i>	123
Derya Gür-Şeker #identitäre. Eine multimodale Social-Media-Analyse über die ‚Identitäre Bewegung‘ auf <i>Instagram</i>	143
Vanessa Kanz Die Echokammer als rechter Resonanzraum. Eine Analyse von Resonanzphänomenen innerhalb der Kommentarspalte eines AfD-Facebook-Beitrags.....	167

Jonas Meurer	
Lob der Lektüre. Die Neue Rechte als Lesebewegung	195
Thomas Niehr	
Vom „Nationalmasochismus“ zur „Neuen Weltordnung“.	
Argumentationsstrategien in neurechtem Schrifttum	217
Matthias N. Lorenz und Christine Riniker	
Christian Kracht und die (Neuen) Rechten.	
Zum rechten Verständnis einer abklingenden Provokation	237
Beiträgerinnen und Beiträger	265

Steffen Pappert, Corinna Schlicht, Melani Schröter
und Stefan Hermes

Einleitung: Skandalisieren, stereotypisieren, normalisieren. Diskurspraktiken der Neuen Rechten aus sprach- und literaturwissenschaftlicher Perspektive

„Erwarten Sie nicht von mir, dass ich mich dumm stelle“ – mit diesen Worten eröffnete der Schriftsteller Michael Köhlmeier (2018: 7) am 4. Mai 2018 seine Rede in der Wiener Hofburg anlässlich des österreichischen Gedenktags gegen Gewalt und Rassismus. Köhlmeier adressierte damit in erster Linie die anwesenden Regierungsmitglieder der rechtspopulistischen FPÖ, die er in Form eines Zwiegesprächs mit den Opfern des NS-Regimes mit ihren eigenen Diskurspraktiken konfrontierte. Dabei lehnte es der Autor explizit ab, so zu tun, als ob er die Ungeheuerlichkeit nicht sähe, die darin besteht, dass „ein Innenminister wieder davon spricht, dass Menschen *konzentriert gehalten* werden sollen“ (ebd.: 8; Hervorhebung im Original). Köhlmeier machte also auf die sprachlich manifest werdenden Grenzüberschreitungen neurechter Akteure aufmerksam, indem er deren Redeweise aufnahm und kontextualisierte.

Es ist evident, dass die Analyse und Kritik rechtspopulistischer Diskurspraktiken nicht allein im österreichischen, sondern ebenso im deutschen Kontext von höchster Dringlichkeit ist: Die Wahlerfolge der AfD sind dafür nur *ein* Indiz. Darüber hinaus versteht es sich, dass eine solche Analyse und Kritik auch und gerade aus der Wissenschaft heraus erfolgen sollte: Einschlägige politologische und soziologische Untersuchungen (vgl. u.a. Geden 2006; Kellershohn/Kastrup 2016; Salzborn 2017; Hildebrand 2017; Weiß 2017) sowie kulturwissenschaftliche und germanistische Studien (vgl. u.a. Niehr/Reissen-Kosch 2018; Mathias 2018; Detering 2019; Römer/Spieß 2019; Spieß/Weidacher 2020; Stahl 2019) sind ja auch bereits erschienen. Hieran schließen die Aufsätze des vorliegenden Bandes an, die ursprünglich als Beiträge zu einer Tagung am Kulturwissenschaftlichen Institut in Essen geplant waren, die jedoch aufgrund der Corona-Pandemie ausfallen musste. Des Weiteren setzt der Band die Reihe jener Arbeiten fort, die bereits demonstriert haben, welche vielfältigen Synergieeffekte sich zwischen sprach- und literaturwissenschaftlicher Forschung erzielen lassen (vgl. zuletzt etwa Fix 2013; Bär/Mende/Stehen 2015; Betten/Fix/Wanning 2017): Berührungsflächen zwischen beiden Disziplinen existieren sowohl im Bereich der hermeneutischen und metaphorologischen Detailanalyse wichtiger Einzeltexte als auch in dem der korpuslinguistischen bzw. diskurshistorischen Auseinandersetzung mit größeren Textmengen. Insgesamt scheinen uns die um kultur- und medienwissenschaftliche Perspektiven erweiterten Philologien

in besonderem Maße über Instrumente zu verfügen, mit denen sich das komplexe Verhältnis von Sprache und Politik erhellen lässt.

Ausgehend von diesem Befund haben wir Sprach- und Literaturwissenschaftler*innen dazu eingeladen, Fragen zu erörtern, die sich auf die spezifischen kommunikativen Strategien innerhalb des neurechten Diskurses beziehen: In welcher Form wird dort auf traditionsreiche, womöglich genuin rhetorische Verfahren zurückgegriffen (vgl. Knappe/Kramer/Till 2019)? Inwieweit werden kalkulierte Tabubrüche vorgenommen – und wie lässt sich die oft diagnostizierte Erweiterung der ‚Grenzen des Sagbaren‘ präziser beschreiben (vgl. Römer/Spieß 2019)? Welche Emotionalisierungs- und welche Normalisierungsstrategien gilt es nachzuvollziehen (vgl. Stahl 2019)? Welche (Kollektiv-)Symbole, welche spezifischen Metaphern und Allegorien sind von entscheidender Bedeutung? Und: Wie reagieren jene Autor*innen darauf, die sich literarisch und dezidiert kritisch mit der Neuen Rechten befassen? Erscheint es effektiv, in rationalistischer Tradition Widersprüchlichkeiten innerhalb neurechter Argumentationsmuster herauszupräparieren – oder ist deren Funktionalität auf Kohärenz und Konsistenz gar nicht unbedingt angewiesen? Was bedeutet dies für die regelmäßig erhobene Forderung, man müsse (auch) ‚mit Rechten reden‘ (vgl. Leo/Steinbeis/Zorn 2017; Niehr 2019)? Das Material, anhand dessen diesen und ähnlichen Fragen im Folgenden nachgegangen wird, ist äußerst divers: Zu den für unseren Band relevanten Untersuchungsgegenständen gehören politische Reden, Wahlprogramme und Wahlplakate, Zeitungsartikel, Blogs und Beiträge auf Social-Media-Plattformen, literarische Werke wie Romane und Essays. Diese Heterogenität des Materials ist mitursächlich für die Annahme, dass eine Beschäftigung mit den angeführten Fragen auf ‚binnengermanistische‘ Interdisziplinarität setzen sollte, also auf sprach- und literaturwissenschaftliche Herangehensweisen, die teils zusätzliche Bezugnahmen auf kultur-, medien-, sozial-, politik- oder geschichtswissenschaftliche Ansätze einschließen.

Auf diese Weise geraten übergreifende, für die Neue Rechte charakteristische Diskusstrategien in den Blick, die wir mit den titelgebenden Ausdrücken ‚skandalisieren‘, ‚stereotypisieren‘ und ‚normalisieren‘ heuristisch zu fassen suchen. Das Skandalisieren beinhaltet eine Negativüberzeichnung der Folgen von Zuwanderung und des sozialpolitischen Status quo, die auf die Unterminierung von Prozessen der öffentlichen Meinungsbildung und Konsensfindung abzielt. Das Stereotypisieren impliziert die Abgrenzung von gesellschaftlichen Gruppen, die als Feindbilder konstruiert werden, was insbesondere Migrant*innen, aber auch politische Gegner*innen betrifft. Die Strategie der Normalisierung wiederum manifestiert sich in gezielten Verstößen gegen die (nicht zuletzt diskursiven) Normen einer demokratischen und pluralistischen Gesellschaftsordnung, die auf eine graduelle Erhöhung der Akzeptanz von letztlich verfassungsfeindlichen Positionen angelegt sind. Diese Charakteristika werden in den Beiträgen des Bandes aus verschiedenen Perspektiven und mit unterschiedlicher Gewichtung thematisiert.

Den Anfang macht ein Aufsatz von Steffen Pappert und Kersten Sven Roth, der bei der Beobachtung ansetzt, dass gängige Populismusbegriffe häufig den populistischen Sprechakt fokussieren, sodass sich die darauf basierenden Analysen weitgehend auf die Frage kaprizieren, was populistische Akteure tun und welche sprachlichen und konzeptionellen Eigenschaften ihre Kommunikate besitzen. Unter dem Titel *Überlegungen zu einer pragmlinguistischen Modellierung von Populismus – am Beispiel des innerdeutschen Diskurses* diskutieren Pappert und Roth, inwiefern diese Reduktion des populistischen Modus aus interaktionslinguistischer Sicht problematisch ist, da sie das Wechselspiel zwischen Produzent*innen und Rezipient*innen ignoriert. Der Beitrag plädiert dafür, die Prädispositionen der jeweiligen Zielgruppe(n) theoretisch in die Modellierung einzubeziehen und mithin Rezeptionssignale und Rezipientendesign in den Kommunikaten der Populisten stärker zu berücksichtigen. In der Folge ergibt sich für die Analyse die Notwendigkeit einer systematischen Rezipientendifferenzierung: Dies wird abschließend am Beispiel von ‚Volk‘ als dem Kernkonzept aktueller rechtspopulistischer Äußerungen illustriert, wobei auch die innerdeutsche Differenzierung zwischen ost- und westdeutschen Diskursräumen Beachtung findet.

Es liegt auf der Hand, dass sich der Diskurs der Neuen Rechten nur dann adäquat verstehen lässt, wenn auch deren Verhältnis zur kulturellen Überlieferung in den Blick gerät. Aufgrund dessen wendet sich Enno Stahls Beitrag *„Faschistischer Stil“: Rechte Belletristik und ihre Ideologie* einer Reihe literarischer Werke zu – von Ernst Jünger, Pierre Drieu la Rochelle, Jean Raspail und Domenico Di Trullio –, auf die Vertreter*innen rechter Gruppierungen in ganz Europa immer wieder affirmativ Bezug nehmen. Dabei vermag Stahl zu zeigen, dass die Faszinationskraft der untersuchten Romane wesentlich aus ihrer je spezifischen Realisierung eines ‚faschistischen Stils‘ im Sinne Armin Mohlers erwächst. Was den Texten nicht zuletzt eignet, sind ein emotionsarm-‚kalter‘ Umgang mit menschlichen Leiderfahrungen und eine kultische Verklärung von männlich konnotierter Gewalt- und Opferbereitschaft.

Melani Schröter beschäftigt sich in ihrem Beitrag *Diskurs als begrenzter Raum. Metadiskurs über den öffentlichen Diskurs in den neurechten Periodika ‚Junge Freiheit‘ und ‚Sezession‘* mit der permanenten Kritik der Neuen Rechten am öffentlichen Diskurs. So unterstreichen deren Vertreter*innen einerseits die Bedeutung eines umfassenden und vielstimmigen öffentlichen Diskurses, während sie andererseits behauptet, dass derlei in der Bundesrepublik nicht existiere. Schröter untersucht diesen Metadiskurs anhand eines Korpus von Texten, die in zwei zentralen Publikationsorganen der Neuen Rechten, *Junge Freiheit* und *Sezession*, erschienen sind und in denen das Wort *Diskurs* vorkommt. Sie nimmt also eine korpusbasierte Analyse der Verwendungskontexte des Wortes vor, wobei deutlich wird, dass ein Diskurs metaphorisch als Raum konzipiert wird, aus dem die Rechten ausgeschlossen seien. Die Verknüpfung mit Schlüsselwörtern aus dem Anti-Political-Correctness-

Diskurs verweist ebenfalls auf die Metaphorik räumlicher Begrenzung. Zudem demonstriert Schröter, mit welchen politischen Anliegen der Metadiskurs der Rechten über den öffentlichen Diskurs verknüpft ist.

Kyra Palberg beleuchtet unter dem Titel *Grenzziehungen. Kollektivsymbole und Metaphern in der Diskursverschiebung nach rechts* die Medienstrategie der Neuen Rechten. Sie arbeitet die sprachlichen Verfahren der AfD heraus, mit denen diese ebenso wie andere Gruppierungen versucht, den metapolitischen Raum zu okkupieren; dazu gehören Tabubrüche und die Verschiebung der Bedeutung bekannter Bildwelten und Kollektivsymbole. Insbesondere betreibe die AfD eine Neuausrichtung des Diskurses über Grenzen, wobei sie sich zu einer Art Wachtposten an den jeweiligen Grenzen des Sagbaren stilisiert. Überdies werde durch das neurechte Dispositiv der ‚Katastrophe‘ ein Bedrohungsszenario für das ‚deutsche Volk‘ heraufbeschworen, was wiederum auf der Basis von Grenzziehungen (‚Wir vs. die Anderen‘, ‚Elite vs. Unterschicht‘ etc.) geschieht.

Constanze Spieß geht in ihrem Aufsatz anhand von Äußerungen aus den Reihen der AfD und der FPÖ *Strategien sprachlicher Gewalt im Kontext rechtspopulistischen Sprachgebrauchs* nach. Im Anschluss an eine allgemeinere Charakterisierung rechtspopulistischer Diskurse konzipiert sie sprachliche Gewalt als invektives Redehandeln, dem Strategien der Zuschreibung, Unterstellung und Dehumanisierung zuzuordnen sind. Diese Strategien werden im Rahmen von Argumentationsmustern und in Bezug auf relevante Nominationen herausgearbeitet, wobei sich auch erweist, dass sie in der konkreten textuellen Realisierung oft eng miteinander verwoben sind.

Unter dem Titel *„Wir sind bereit, gegen die Invasion des Multikulti zu kämpfen.“ Die Diskurspraktiken der Neuen Rechten im satirischen Zerrspiegel von Franzobels dystopischem Kriminalroman ‚Rechtswalzer‘* gelten die Überlegungen von Corinna Schlicht in erster Linie den satirischen wie auch dystopischen Schreibweisen, derer sich der österreichische Autor Franzobel in seinem 2019 publizierten Roman bedient, um den Aufstieg der rechtspopulistischen FPÖ kritisch zu reflektieren. Wie Schlicht zu zeigen vermag, zielt die provokante, durch Hyperbolik gekennzeichnete Wirkungsästhetik des Textes vornehmlich darauf ab, die Rezipient*innen mit der Frage nach der eigenen Haltung zum Rechtsruck innerhalb der österreichischen Gesellschaft zu konfrontieren. Insofern leistet der Aufsatz einen Beitrag zur Debatte um die Möglichkeiten und Grenzen politisch engagierter Literatur unter den Bedingungen unserer Gegenwart.

Derya Gür-Şeker hebt in ihrem Beitrag *#identitäre. Eine multimodale Social-Media-Analyse über die ‚Identitäre Bewegung‘ auf ‚Instagram‘* die Relevanz Sozialer Medien für die Kommunikationsstrategien der Neuen Rechten hervor. Seit der Einstufung der ‚Identitären Bewegung‘ (IB) als rechtsextremistisch durch den Bundesverfassungsschutz wurden deren Kommunikationskanäle auf Social-Media-Plattformen zwar weitgehend gelöscht, doch führt Gür-Şeker am Beispiel von Hashtags vor,

inwiefern Diskurse über die IB in den Sozialen Medien weiterhin präsent sind. Des Weiteren erläutert sie die kommunikativen Funktionen von Bildern und Emojis im *Instagram*-Diskurs über die IB und diskutiert die Implikationen des Deplatformings extremistischer Organisationen.

An diese Zusammenhänge schließt Vanessa Kanz mit ihrem Aufsatz *Die Echokammer als rechter Resonanzraum: Eine Analyse von Resonanzphänomenen innerhalb der Kommentarspalte eines AfD-,Facebook'-Beitrags* an. Auch Kanz betont die mittlerweile zentrale Rolle Sozialer Medien bei der Produktion und Distribution politischer Inhalte: Im Internet sind alternative Öffentlichkeiten entstanden, die nicht nur auf die massenmediale Öffentlichkeit zurückwirken, sondern auch soziale Gruppen und die ihnen zugrunde liegenden Werte und Interessen konstituieren und konsolidieren. Kanz zeigt am Beispiel eines Kommentarverlaufs zu einem AfD-Facebook-Posting, dass Produktion und Rezeption solch gruppenindizierender Inhalte einerseits kaum voneinander zu trennen sind. Andererseits entstehen sogenannte Echokammern, in denen vor allem eigene Sichtweisen bestätigt, andere hingegen diskreditiert werden. Die von der AfD initiierten Beiträge werden zwar bisweilen (interaktional) modifiziert, wodurch auf der Ausdrucksseite eine gewisse Abweichung vom ‚Original‘ zu verzeichnen ist, inhaltlich aber wird im Wesentlichen das populistische Weltbild der AfD zementiert.

Unter dem Titel *Lob der Lektüre. Die Neue Rechte als Lesebewegung* widmet sich Jonas Meurer dem Selbstverständnis der Neuen Rechten als ‚Lesebewegung‘. Anhand der Zeitschrift *Sezession* und einiger weiterer Publikationen, vorwiegend aus Götz Kubitscheks Verlag Antaios, demonstriert Meurer, inwiefern die Kulturtechnik des individuellen und kollektiven Lesens sowie eine gezielte ‚Kanonarbeit‘ dazu dienen, den neurechten Diskurs zu formieren und zu stabilisieren. Darüber hinaus verweisen die Protagonist*innen der Szene, wie Meurer deutlich macht, in hoher Frequenz auf das von ihnen absolvierte, durchaus anspruchsvolle Lektüreprogramm, um sich als ernstzunehmende Intellektuelle zu inszenieren.

Thomas Niehr geht in seinem Beitrag *Vom „Nationalmasochismus“ zur „Neuen Weltordnung“: Argumentationsstrategien in neurechtem Schrifttum* der Frage nach, inwieweit sich Publikationen von Autor*innen, die in den Medien häufig als Rechtsintellektuelle charakterisiert werden, tatsächlich durch Intellektualität auszeichnen. Zu diesem Zweck analysiert er entsprechende Schriften der letzten Jahre und belegt, dass sich diese tatsächlich von rechtspopulistischen Publikationen unterscheiden. Das liegt nicht nur an der Fülle der in den Texten angeführten Literatur, sondern auch an darin enthaltenen Passagen, die sich auf den öffentlichen Diskurs beziehen. Deren Argumentation gelangt jedoch meist nicht über bloße Behauptungen hinaus, die sich im Wesentlichen darin erschöpfen, dem politischen Gegner die Fähigkeit abzusprechen, eine lebenswerte zukünftige Gesellschaft zu entwerfen.

Der Aufsatz *Christian Kracht und die (Neuen) Rechten. Zum rechten Verständnis einer abklingenden Provokation* von Matthias N. Lorenz und Christine Riniker befasst sich

mit der Diskursposition eines höchst prominenten Schriftstellers, dessen mediale Selbstinszenierungen regelmäßig für Irritationen sorgen – und dem man wiederholt vorgeworfen hat, eine mehr als problematische Faszination für den Faschismus und seine Ästhetik zu hegen. Allerdings zeigen Lorenz und Riniker, dass Krachts provokant-ironischer Umgang mit historischen und/oder politischen Zusammenhängen es kaum je gestattet, ihn auf eine bestimmte Haltung festzulegen. Dies mache sein Werk gewiss nicht harmlos, und doch erscheint es alles andere als plausibel, dass neurechte Publizisten ihn immer wieder als Gesinnungsgenossen zu vereinnahmen suchten.

Wie eingangs bereits angedeutet, ist dieser Band unter erschwerten Bedingungen zustande gekommen. So unterblieb zum einen die Vertiefung der behandelten Themen im Rahmen jener Diskussionen, die auf der geplanten Konferenz hätten geführt werden sollen. Zum anderen hat die Pandemie zu allerlei Umstellungen der alltäglichen universitären Arbeit geführt, die in vielerlei Hinsicht zusätzlichen Aufwand bedeuten. Angesichts dessen möchten wir den Beitragenden einen besonderen Dank für ihre Bereitschaft zur Mitwirkung und für die gleichermaßen produktive wie angenehme Zusammenarbeit aussprechen. Das Engagement der Autor*innen deuten wir nicht zuletzt als einen Ausdruck der Relevanz, die sie den Gegenständen des Bandes beimessen: Fortlaufend bestätigt wird diese Relevanz durch immer neue diskursive Vorstöße der Neuen Rechten in der medialen Öffentlichkeit, die der kontinuierlichen wissenschaftlichen Aufmerksamkeit bedürfen. *Last not least* hoffen wir, mit dem Band ein weiteres Beispiel für das fruchtbare Ineinandergreifen sprach-, literatur-, kultur- und medienwissenschaftlicher Ansätze in der Germanistik liefern zu können.

Literatur

- Bär, Jochen A./Mende, Jana-Katharina/Steen, Pamela (Hg.) 2015: *Literaturlinguistik – philologische Brückenschläge*, Frankfurt am Main.
- Betten, Anne/Fix, Ulla/Wanning, Berbeli (Hg.) 2017: *Handbuch Sprache in der Literatur*, Berlin/Boston.
- Detering, Heinrich 2019: *Was heißt hier „wir“? Zur Rhetorik der parlamentarischen Rechten*, Stuttgart.
- Fix, Ulla 2013: *Sprache in der Literatur und im Alltag*, Berlin.
- Geden, Oliver 2006: *Diskursstrategien im Rechtspopulismus*, Wiesbaden.
- Hildebrand, Marius 2017: *Rechtspopulismus und Hegemonie. Der Aufstieg der SVP und die diskursive Transformation der politischen Schweiz*, Bielefeld.
- Kellershohn, Helmut/Kastrup, Wolfgang (Hg.) 2016: *Kulturkampf von rechts. AfD, Pegida und die Neue Rechte*, Münster.
- Knappe, Joachim/Kramer, Olaf/Till, Dietmar (Hg.) 2019: *Populisten. Rhetorische Profile*, Tübingen.
- Köhlmeier, Michael 2018: *Erwarten Sie nicht, dass ich mich dumm stelle. Reden gegen das Vergessen*, München.
- Leo, Per/Steinbeis, Maximilian/Zorn, Daniel-Pascal 2017: *Mit Rechten reden. Ein Leitfaden*, Stuttgart.
- Mathias, Alexa 2018: *„Wir sind das Volk!“ Zu Wortschatz und Argumentation rechtspopulistischer Gruppierungen in Deutschland*, in: *Der Sprachdienst* 4/5, S. 155-167.

- Niehr, Thomas 2019: „Mit Rechten sprechen“ – Versuch einer Annäherung aus politolinguistischer Sicht, in: Zeitschrift für Angewandte Linguistik 70, S. 1-18.
- Niehr, Thomas/Reissen-Kosch, Jana 2018: Volkes Stimme? Zur Sprache des Rechtspopulismus, Berlin.
- Römer, David/Spieß, Constanze (Hg.) 2019: Populismus und Sagbarkeiten in öffentlich-politischen Diskursen, Duisburg (= OBST 95).
- Salzborn, Samuel 2017: Angriff der Antidemokraten. Die völkische Rebellion der Neuen Rechten, Weinheim.
- Spieß, Constanze/Weidacher, Georg (Hg.) 2020: (Rechts)Populismus – interdisziplinär, Stuttgart (= Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik 50.2.).
- Stahl, Enno 2019: Die Sprache der Neuen Rechten. Populistische Rhetorik und Strategien, Stuttgart.
- Weiß, Volker 2017: Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes, Stuttgart.

Steffen Pappert und Kersten Sven Roth

Überlegungen zu einer pragmlinguistischen Modellierung von Populismus – am Beispiel des innerdeutschen Diskurses

1. Populismus als Herausforderung für die Linguistik

Ob in wissenschaftlichen Beiträgen, in der Presse oder in persönlichen Gesprächen – immer öfter hört und liest man eine modifizierte Version des ersten Satzes des Kommunistischen Manifests: Ein Gespenst geht um in Europa – und nicht nur dort – und es heißt Populismus. Wie bei Gespenstern üblich, handelt es sich dabei keineswegs um ein junges Phänomen, eher um einen Untoten der politischen Menschheitsgeschichte. Dass es dennoch mit guten Gründen von vielen wieder einmal für bedrohlicher gehalten wird als zu anderen Zeiten, liegt an konkreten Entwicklungen, die in vielen Ländern der Welt derzeit in ähnlicher Weise zu beobachten sind: Es gehören dazu Tendenzen zur Aufkündigung einer auf rationalen Argumenten basierenden und um mühsame Prozesse der Konsensbildung bemühten öffentlichen Debatte zugunsten eines zunehmenden Geltungsanspruchs irrationaler und quasi-religiöser Welterklärungen („Verschwörungstheorien“; vgl. u.a. Römer/Stumpf 2019), vor allen Dingen aber der weltweite Erfolg politischer Kräfte in mehr oder minder demokratischen Wahlen, denen eine teils offene Ablehnung demokratisch-pluraler Gesellschaftsordnungen beim Wähler nicht zu schaden, vielleicht sogar zu nützen scheint. Eben dieser Effekt, die Gewinnung von Zustimmung einer beträchtlichen Zahl von ‚Bürgerinnen und Bürgern‘, konkret ‚Wählerinnen und Wählern‘ durch politische Akteure, die die eingeübten Spielregeln demokratischen Zusammenwirkens aufkündigen, hat die aktuelle Diskussion um Populismus ausgelöst.

Ausgehend von der für Philologien leicht einsichtigen Grundannahme, wonach jede Art politischen Handels in ihrem Kern Sprachhandeln ist, haben auch diese in den letzten Jahren ihre Verantwortung für die Beschäftigung mit dem Phänomen anti-demokratischer Menschenfängerei verstärkt empfunden und sich um seine Analyse bemüht (u.a. Januschek/Reisigl 2014; Römer/Spieß 2019; Göhring 2019; Spieß/Weidacher 2020). Es ist sinnvoll für unsere Fragestellung, sich von vornherein klar zu machen, wie dieser philologische – im Folgenden geht es speziell um den linguistischen – Zugriff auf Populismus zustande kommt: Ausgangspunkt ist hier eben nicht das rein analytisch-deskriptive Interesse, das die Wertungen traditionell skeptisch gegenüberstehende Sprachwissenschaft sonst typischerweise prägt, sondern vielmehr die vorgängige Bestimmung eines *Problems*, das als solches nicht in erster Linie linguistischer, sondern gesellschaftlicher Natur ist: Keine der Arbeiten, die zur Linguistik des Populismus in den letzten Jahren entstanden ist, lässt einen Zweifel daran, dass es sich dabei um eine Herausforderung für Demokratien handelt. Man kann das damit verbundene, und zunehmend auch

explizit so formulierte (vgl. Warnke 2018: XXX) Bemühen darum, der Linguistik auch eine *Voice* (vgl. Blommaert 2005) im öffentlichen Diskurs zu verschaffen, nur begrüßen, weist es doch den Weg zu einer überfälligen Überwindung der im Grunde nur fachgeschichtlich und ideologisch begründeten Trennung von Sprachanalyse und Sprachkritik (vgl. Roth 2020). Zur Wahrheit gehört aber auch: Dieses Bekenntnis zur notwendigen Positionierung der Linguistik als Gesellschaftswissenschaft, deren Aufgabe es ist, einen Beitrag zum Verständnis oder gar zur Überwindung des Phänomens Populismus zu leisten, entbindet keineswegs von der Pflicht zur theoretischen und methodologischen Sorgfalt. Im Gegenteil: Je bedrohlicher die sprachlich fundierten gesellschaftlichen Zustände sind, die der Analyse unterzogen werden sollen, umso mehr gilt es, die Mahnung zu beachten, die Burkhardt (1996: 82; Hervorhebung im Original) der Politolinguistik schon vor mehr als zwei Jahrzehnten ins Stammbuch geschrieben hat:

„Wer wissenschaftlich glaubwürdig bleiben will, darf weder eine selber rein politisch motivierte Sprach-[...]kritik betreiben noch sich auf die linguistisch verbrämte Interpretation politischer Texte beschränken, sondern muß die Erscheinungsformen politischer Sprache [...] auf der Grundlage methodisch solider linguistischer Analyse kritisieren.“

In diesem Sinne versucht dieser Beitrag das Folgende zu leisten: Zunächst soll kurz der dreifache Populismus-Begriff, der in der derzeitigen linguistischen Diskussion eine Rolle spielt, rekonstruiert werden, im Weiteren eine gemeinsame theoretische Schwäche darin identifiziert werden, für die dann eine mögliche Alternative skizziert werden soll. Deren analytischer Wert wird abschließend exemplarisch im Kontext der linguistischen Ost-West-Sprachforschung aufgezeigt.

2. Dreifacher Populismusbegriff

In der inzwischen umfassenden linguistischen Literatur begegnen uns drei unterschiedliche Begriffe von Populismus – darunter zwei dezidiert wissenschaftliche Konzepte –, die nicht nur unterschiedliche Auffassungen des Phänomens mit sich bringen, sondern naturgemäß auch bezüglich der Frage seiner Grenzen – wo ist es überhaupt legitim, etwas als Populismus zu untersuchen? – weitreichende Konsequenzen haben.

Zunächst einmal ist gerade aus politolinguistischer Sicht *Populismus* natürlich ein Ausdruck, der nicht in jedem Fall terminologisch verwendet wird, sondern einen festen Platz im Lexikon der politischen Auseinandersetzung selbst hat. Dort fungiert er geradezu als prototypisches Stigmawort: Obwohl das Stammwort *populus*, also *Volk*, ihn dafür ja durchaus attraktiv erscheinen lassen könnte, weist das Wort zumindest in der deutschen Sprache bis heute eine semantische Restriktion auf, die es unmöglich macht, es als Selbstbezeichnung oder Fahnenwort zu verwenden. *Populist* ist immer der andere, populistische Handlungsweisen werden stets dem

politischen Gegner vorgeworfen. Tatsächlich scheint sich das Bedeutungspotenzial des Ausdrucks häufig geradezu auf diese Stigmatisierungsfunktion zu beschränken: Worin genau der Populismus besteht, muss in der Regel nicht ausgeführt werden, umfasst bestenfalls die Suggestion des Verdrehens der Wahrheit für den eigenen politischen (Wahl-)Erfolg. Noch unschärfer bleibt in der Regel das Gegenkonzept, für das nicht einmal eine eindeutige Bezeichnung existiert: Ist der, der in seinem politischen Handeln gezielt auf populistisches Handeln verzichtet, *Anti-Populist*, *Nicht-Populist* oder vielleicht schlicht *Demokrat*?

Dieses Unschärfeproblem aus dem politischen Diskurs wird in demjenigen der beiden wissenschaftlichen Populismuskonzepte aufgegriffen, das Populismus als eine rhetorische Strategie betrachtet. Hier entspricht dem Populismus nicht eine bestimmte Ideologie, sondern geraten alle Handlungsformen in den Blick, die darauf zielen, das Erlangen von Zustimmung für die eigenen Positionen oder das eigene Personal als oberstes und von den eigenen Überzeugungen weitgehend unabhängiges Ziel zu verfolgen. Dabei ist Populismus erkennbar ein graduelles Phänomen und als Strategie des Machterwerbs in besonderem Maße mit der demokratischen Gesellschaftsordnung verknüpft (vgl. Taggart 2004). Wer auf die regelmäßig erneuerte Zustimmung durch Bürger- und Wähler*innen angewiesen ist, scheint strukturell dazu genötigt, sein sprachlich-kommunikatives Handeln darauf auszurichten. Gerade solche Komplexe sozialer und politischer Praktiken, deren Zweck explizit in der Herstellung von Zustimmung besteht, generieren in diesem Sinne notwendigerweise eine Ausrichtung auf das ‚Volk‘, die sich dann als populistisch bezeichnen lässt: Wahlkämpfe können zweifellos als Kristallisationspunkte solcher Strategien betrachtet werden.

Während diese Konzeption von Populismus in gewisser Weise die Kernkompetenz der Linguistik betreffen müsste, da es hier um einen Modus des sprachlichen Handelns geht, ist eine andere in erster Linie aus der politikwissenschaftlichen Populismusforschung in die Sprachwissenschaft übernommen worden: Sie basiert auf der Bestimmung einer Art von „ideologischem Minimum“ (Priester 2012: 4), das jede Art von Populismus teilt, und die diesen entsprechend definiert als

„eine Ideologie, die davon ausgeht, dass die Gesellschaft in zwei homogene, antagonistische Gruppen getrennt ist, das ‚reine Volk‘ und die ‚korrupte Elite‘, und die geltend macht, dass Politik ein Ausdruck der *volonté générale* oder des allgemeinen Volkswillens sein soll.“ (Mudde 2004: 543)

Die so definitionsrelevanten ideologischen Versatzstücke – Antielitarismus und die Konzeption von ‚Volk‘ als eine dieser Elite gegenüberstehende homogene Einheit, die dann als Ingroup das ‚Wir‘ bestimmt, für die zu sprechen man beansprucht – lassen sich aus linguistischer Sicht als diskurssemantische Grundfiguren allen populistischen Sprechens mit starker Deontik beschreiben: Letztlich implizieren sie notwendigerweise die Ablehnung der bestehenden Ordnung und sind damit weit mehr als ein kommunikationsethisch neutraler Modus allgemeiner Überzeugungsbemühung.

3. Populismus als Sprechakt – Defizite des Zugangs

In den zahlreichen linguistischen Arbeiten zu Populismus wird auf die beiden deskriptiven Konzepte – das eher auf die Form und das eher auf politische Denkweisen bezogene – zurückgegriffen, und beide werden häufig miteinander verbunden. Das mag sich aus der spezifisch linguistischen Perspektive ergeben, die eine isolierte Betrachtung der beiden Aspekte angesichts der grundlegenden Einsicht in den unauflöslichen Zusammenhang von Ausdruck und Inhalt auch im Zuge neuerer konstruktivistischer Zugänge wie dem diskurslinguistischen Paradigma wenig tragfähig erscheinen lässt. Die langjährige Auseinandersetzung mit sprachlichen Basisstrategien der politischen Kommunikation wiederum hat im Fach ein Bewusstsein dafür geschaffen, dass sich – pointiert gesagt – ein gewisses Maß an populistischem Sprachhandeln wohl auch dort nicht leugnen ließe, wo an demokratischer Gesinnung und Verantwortung für eine plurale Öffentlichkeit kein Zweifel angebracht ist (vgl. Göhring 2019):

„Jeder und jede PolitikerIn ist notwendigerweise populistisch, denn jede und jeder will ja viele ansprechen und für viele sprechen. Populismus als solcher ist [...] eine Rhetorik, die sich an das Volk wendet und vorgibt, für das Volk zu sprechen. [...] Rechts- oder links-populistisch wird eine solche Rhetorik nur dann, wenn sie mit ganz bestimmten Inhalten aufgeladen wird [...].“ (Wodak 2015: 32)

Bei der Betrachtung einiger heuristischer Populismus-Definitionen aus der linguistischen Literatur soll es im Folgenden aber weniger um die Gewichtung von rhetorischem und inhaltlichem Populismusaspekt gehen als um eine andere Akzentsetzung, die aus unserer Sicht gerade aus der sprachwissenschaftlichen Sicht folgenreich ist, während sie aus der Perspektive anderer mit Populismus befasster Disziplinen möglicherweise als selbstverständlich übergangen werden könnte. So soll an dieser Stelle die nur auf den ersten Blick widersinnige Frage nach dem populistischen *Subjekt* gestellt werden: Gleich ob man Populismus als Redeweise oder als die Formulierung demokratietheoretisch problematischer Konzepte versteht – und gerade wenn, wie dargestellt, Ausgangspunkt aller wissenschaftlicher Mühe um das Phänomen seine Identifizierung als gesellschaftliches Problem ist –, lohnt es sich danach zu fragen, *wer* eigentlich populistisch handelt oder – etwas abstrakter ausgedrückt –, wer an der Generierung von populistischer politischer Kommunikation *mitwirkt*. Hier nämlich erscheint die naheliegende Antwort – den Populismus produzieren Populisten – tatsächlich auch in einschlägigen linguistischen Zugriffen stillschweigend gültig:

„Populismus ist [...] ein inhaltlich bestimmter und medienbasierter Modus der politischen Artikulation, der auf eine Krise der politischen Repräsentation reagiert, mit zwei Grundantagonismen operiert und auf einer spezifischen sozialen Trägerschaft beruht.“ (Reisigl 2014: 71)

Sowohl der rhetorische Populismusbegriff – „Modus der politischen Artikulation“ – als auch der inhaltliche – Grundantagonismen von Elite/Volk und Ingroup/ Outgroup – sind hier enthalten. In unserem Zusammenhang entscheidend aber ist der Hinweis darauf, dass hier Populismus ausdrücklich allein am Äußerungsakt festgemacht wird („Artikulation“). Ähnliches ist als Zugang der Wahlplakatanalyse von Pappert/Czachur (2019: 104) angegeben: „Dabei legen wir den Fokus auf multimodale Praktiken, mittels derer populistische Welt- und Menschenbilder im politischen/öffentlichen Diskurs konstruiert, verbreitet und verfestigt werden.“ Die drei genannten Handlungsverben ordnen Populismus ausdrücklich auf der Seite der Äußerungsproduzenten ein – hier derjenigen, die die untersuchten Wahlplakate entworfen und verantwortet haben. Römer/Stumpf (2019: 133) wiederum listen mit eindeutigem Akzent auf populistischer Rhetorik Kennzeichen der Sprechweise von Populisten auf, die gewissermaßen helfen, das Phantombild eines Sprechers dieser Kategorie zu zeichnen.

Des Weiteren untersucht die methodisch rein ausdrucksseitig ausgerichtete, corpus-driven und vermeintlich frei von Vorabkonzepten operierende quantitativ gestützte linguistische Populismusforschung konsequent Texte, die von den politischen Gegnern ihrer Produzenten aus betrachtet unter ‚Populismusverdacht‘ stehen (vgl. Scharloth 2017; Bubenhofer/Calleri/Dreesen 2019) auf sprachliche Phänomene hin, die ihnen musterhaft erscheinen und damit die Frage beantworten können, ob dieser Verdacht zu Recht besteht oder nicht. In Reinform wird dabei Populismus also am Text als Sprachhandlungsprodukt mit klarer Verantwortungszuschreibung beschrieben.

So unmittelbar einleuchtend diese Zuschreibung von Populismus zu den Sprechern und Textproduzenten auch sein mag – nicht zuletzt, weil sie der alltäglichen Vorstellung von Populismus und politischer Kommunikation ganz generell entspricht –, so defizitär erscheint sie doch bei genauerem Hinsehen gleich auf zwei Ebenen: einer eher demokratietheoretischen und einer genuin linguistischen. Beide stehen durchaus miteinander in Verbindung und entstehen durch die theoretische und methodische Ausblendung der Rezipientenseite zugunsten einer Modellierung, die nur den Sprecher im Blick hat. Und dies, obwohl doch dieser Rezipient sogar die Bezeichnung des Phänomens bestimmt: Auch wenn der Wortbestandteil ‚Volk‘ hochgradig ambig ist, so bezieht er sich eben doch ganz eindeutig nicht auf die Sprecherseite.

Das demokratietheoretische Defizit kann hier nicht im Detail ausgeführt werden, weil für dieses eher die politikwissenschaftliche als die linguistische Populismusforschung zuständig wäre. Allerdings hat gerade die Auseinandersetzung mit den neuen weltweiten Krisenphänomenen etablierter Demokratien das in der Sprachwissenschaft lange vernachlässigte oder verweigernde Bewusstsein dafür geschärft, dass sich polito- und diskurslinguistische Forschung der Auseinandersetzung mit ihren politischen Grundlagen und ihrer demokratischen Verantwortung nicht entziehen können:

„Es bleibt offensichtlich: Diskurslinguistik entkommt ihrer politischen Dimension nicht. Daran ändert auch nicht, dass eine deskriptive Spielart (vornehmlich der germanistischen Linguistik) dies [...] lange Zeit versucht hat.“ (Warnke 2018: XXXI)

Vor diesem Hintergrund also soll hier doch auf das demokratietheoretische Problem zumindest hingewiesen werden, dass eine Problembeschreibung von Populismus als reines Sprecherphänomen zunächst einmal die Vorstellung einer vollkommen unmündigen und in ihrer pauschalen Manipulierbarkeit als politische Größe gänzlich vernachlässigbaren Bürgerschaft zu unterstellen scheint. Wenn das ‚Volk‘ für den Populismus irrelevant und nicht verantwortlich ist, dann würde das für alle anderen politischen Tendenzen innerhalb demokratischer Ordnungen auch gelten. Keineswegs nur mit idealisierten, sondern durchaus auch mit pragmatischen Demokratiekonzepten wäre eine solche Annahme nur schwer zu vereinbaren. Sie ist aber darüber hinaus deshalb schwer haltbar, weil sie gerade jene Homogenität des ‚Volks‘ behaupten würde, die zu den politischen Konzepten der ‚Populisten‘ selbst gehört. Wenn es nämlich das Volk als Ideen- und Überzeugungsgemeinschaft nicht gibt, dann gibt es eben auch *den* Populismus nicht.

In unserem Zusammenhang entscheidend ist aber das linguistische Defizit, das sich als Verwurzelung eines Großteils der vorliegenden sprachwissenschaftlichen Populismusforschung in einem frühpragmatischen Theoriehorizont darstellt: Pointiert ausgedrückt stellt sie nämlich in erster Linie so etwas wie eine Erforschung des populistischen Sprechakts dar. Sie ignoriert damit die weitgehende Überwindung der sprechakttheoretischen Grundlegung in der linguistischen Pragmatik, deren Auslöser die Einsicht war, dass sprachliches Handeln immer und ausnahmslos interaktional ist. Bedeutung, Wirkung, Funktion und Konsequenz einer Äußerung hängen, wie die Interaktionale Linguistik mit ihrer empirischen Fundierung in der Gesprächsanalyse anhand beobachtbarer Aufzeigepraktiken inzwischen zweifelsfrei zeigen konnte, eben nicht allein davon ab, was geäußert wird, sondern mindestens ebenso sehr davon, wie auf diese Äußerung reagiert wird und wie in der gemeinsamen interaktionalen Kooperation zwischen Sprecher und Hörer ausgehandelt wird, welchen Status das Geäußerte in der geteilten sozialen Situation bekommen soll (vgl. u.a. Imo 2014; Imo/Lanwer 2019).

Die sprecherseitige Beschreibung dessen, was populistische Sprecher tun, die von der Linguistik umfassend geleistet wurde, verliert damit selbstverständlich keineswegs ihre Berechtigung. Was notwendig ist, ist eine Ergänzung, die die Rezipientenseite nicht einfach nur im Sinne eines Resonanzraums einbezieht, sondern ernst nimmt als Konstituente des Phänomens Populismus. Dieses wirft im Grunde nur ein besonders grelles Schlaglicht auf ein Desiderat, das schon seit langem in diskurs- und politolinguistischen Kontexten formuliert, aber selten systematisch angegangen wurde. So hat aus diskurslinguistischer Sicht Wichter (1999: 270) schon früh darauf hingewiesen, dass eine Analyse, die nur danach schaut, was die exponierten Stimmen im öffentlichen Diskurs tun, den Beitrag unterschätzt, den die vermeintlich passiv jeden Input nur widerspiegelnden Rezipienten leisten:

„Der primären Kommunikation gehört die Bühne der Medien, die Macht der institutionellen Vorgabe, das Bild mit seiner Faszination. Die sekundäre Kommunikation ist der allgemeinen Wahrnehmung weitgehend entzogen durch Privatheit, Verdecktheit, den schieren Umfang und bisweilen Provinzialität. Man könnte hier negativ von Echokommunikation sprechen, was aber übersieht, daß zuzeiten aus diesem Raum sehr wohl bedeutende Gegenentwürfe [...] hervorgehen [...].“

Auch in dieser Formulierung scheint allerdings noch die Vorstellung impliziert, dass dort, wo Eigenschaften der primären Ebene, des herrschenden Diskurses also – etwa zunehmender ‚Populismus‘ – auf der sekundären Ebene nicht mit Gegenentwürfen konfrontiert, sondern eher affirmativ verstärkt werden, letztere keine entscheidende Rolle spielt. In einer konsequenter interaktional gedachten Perspektive spricht dafür aber nichts – auch affirmative Resonanz wäre dort ein wichtiger Beitrag zur Herstellung von Geltung. Neuere diskurslinguistische Ansätze versuchen solcherart Interferenzen systematisch mit in den Blick zu nehmen (vgl. Roth 2015: 314-327).

Aus politolinguistischer Sicht hat – ebenfalls schon vor längerem – Burkhardt in der eingangs bereits zitierten Ortsbestimmung der Disziplin darauf hingewiesen, dass eine nur an der Kommunikation politischer Amtsträger und Medien orientierte Forschung zu kurz greift. Insbesondere im Zusammenhang mit Wahlkampfanalysen (die nahezu notwendig mit Fragen des rhetorischen Populismusbegriffs zu tun haben dürften) stellt er fest:

„Wer die auf Werbewirkung berechnete Sprache der Funktionsträger analysiert, ohne sich zugleich mit der tatsächlichen Wirkung auf die Umworbenen zu befassen, wird [...] kaum mehr als die halbe Wahrheit ermitteln. [...] Im Sinne einer ‚Linguistik von unten‘ sollte daher künftig neben der Sprache der Gewählten und zu Wählenden auch die der Wähler zum Gegenstand linguistischer Untersuchungen werden.“ (Burkhardt 1996: 96)

Am Beispiel des Nicht-Wählens in Ost- und Westdeutschland, interpretiert als kommunikative Akte, die die stark unterschiedliche Funktionsweise der politischen Kommunikation in den beiden Teilen des geeinten Deutschland entscheidend mitbestimmen und zu ihrem Verständnis rekonstruiert werden müssten, hat Schlosser (2008) skizzenhaft gezeigt, wie das ‚populus‘ in die Analyse tiefgreifender politiksprachlicher Phänomene einbezogen werden könnte und müsste. Von dort zu einem pragmatisch komplexeren linguistischen Populismusbegriff ist es nur noch ein kleiner Schritt.

Schließlich weist uns ein neuer Strukturwandel im öffentlichen Raum inzwischen deutlicher denn je darauf hin, dass politische Kommunikation nicht nur, vielleicht nicht einmal primär von institutionell sanktionierten Politikern und Politikerinnen oder Massenmedien im Sinne des klassischen Gatekeeper-Journalismus bestimmt wird: Ohne dies an dieser Stelle weiter ausführen zu müssen, erscheint doch

schnell einsichtig, dass das, was in den internetbasierten Kommunikationsformen der ‚Neuen Öffentlichkeiten‘ beobachtbar ist (vgl. Pappert/Roth 2019a; dies. 2019b), die Eigengesetzlichkeit und Macht jenes vermeintlichen ‚Resonanzraums‘ längst überdeutlich sichtbar gemacht hat: Der „Stammtisch 2.0“ (Roth 2017), der ein global zugänglicher Kommunikationsraum ist, in dem jede und jeder zur Teilnehmerin bzw. zum Teilnehmer an umfänglicher politischer Kommunikation werden kann, lässt es weniger denn je plausibel erscheinen, ein Phänomen wie den populistischen Kommunikationsmodus unter Konzentration ausschließlich auf jene ‚Populisten‘ zu beschreiben, die auf den institutionell-medialen Bühnen stehen. Vielmehr wird die methodologische Anstrengung der Sprachwissenschaft zunehmend darauf zu richten sein, zu erfassen, in welchen Prozessen, durch welche sprachlich-kommunikativen Handlungen und unter welchen pragmatischen Realisationsbedingungen sich die verschiedenen Aktanten mit ihren unterschiedlichen Geltungsansprüchen aneinander anpassen und so mit zunehmendem Gleichklang das erzeugen, was man als populistische Kommunikation bezeichnen mag (vgl. Kanz in diesem Band).

4. Grundlagen eines pragmlinguistisch-interaktionalen Populismusmodells

Die Forderung, die sich aus der Feststellung des doppelten Defizits einer rein sprecherseitigen Populismusforschung ergibt, ist die nach der Entwicklung einer umfassend pragmlinguistisch interaktionalen Populismustheorie und einer empirischen Forschungsmethodik, die ihr gerecht wird. Es wäre anmaßend zu behaupten, dass ein solcher Anspruch an dieser Stelle zu erfüllen wäre. Es kann hier nur darum gehen, grundlegende Prinzipien zu benennen, aus denen ein solches Modell zu entwickeln wäre, und anschließend exemplarisch zu zeigen, welche Art von Phänomen mit seiner Hilfe zugänglich werden könnte. Dies wollen wir anhand dreier, unmittelbar aufeinander aufbauender Eigenschaften und Anforderungen tun, die den populistischen Modus aus linguistischer Sicht prägen und die sich mit den Schlagworten *Rezeptionssignale*, *Rezipientendesign* und *Rezipientendifferenzierung* bezeichnen lassen.

Setzt man zunächst der vorliegenden Populismusforschung folgend auf der Seite der Sprecher im medial exponierten Diskurs an, bei ‚populistisch‘ agierenden Politikerinnen und Politikern also, dann ist der Kern beider einschlägiger Populismusbegriffe eine Orientierung der öffentlichen politischen Ansprache an Voreinstellungen, Überzeugungen und Interessen des ‚Volks‘, zu deren Gunsten im Zweifelsfall auch eigene Einstellungen, Überzeugungen und Interessen verschleiert werden und unausgesprochen bleiben. Die Kategorie ‚Volk‘ lässt sich dabei nüchterner und zur Vermeidung des demokratietheoretischen Defizits eines solchen Begriffs ersetzen durch die *Adressaten*. Adressaten wiederum sind die vom Sprecher intendierten Rezipienten. Interaktional betrachtet bedeutet das, dass davon auszugehen ist, dass populistisches Sprechen in besonders hohem Maße von aus-

drucksseitigen und konzeptuellen Elementen geprägt sein dürfte, die der Adressatengruppe signalisieren, dass der Sprecher sie in besonders hohem Maße ‚versteht‘. Sprachliche Strategien, die darauf zielen, einem intendierten Rezipienten darzustellen, dass man seine Art zu denken, zu fühlen und zu handeln versteht und eventuell sogar teilt, lassen sich als Formen der ‚Empathiedokumentation‘ beschreiben (vgl. Kuck/Roth 2020). Mit Fokus auf den populistischen Sprecher ist Populismus also aufzufassen als der Interaktionsmodus maximaler Empathiedokumentation; in der konkreten Analyse des Textprodukts können entsprechend alle stilistischen und propositionalen Entscheidungen des Produzenten als entsprechende *Rezeptionssignale* aufgefasst und untersucht werden. Im Grunde scheint es eben dies zu sein, was die vorliegende linguistische Populismusforschung bereits tut.

Der Einbezug der Rezipientenseite in die Modellierung führt nun aber zwangsläufig zu einer konsequenteren rhetorischen Perspektive: Die klassische Rhetorik hat die unumgängliche Notwendigkeit, jegliches Sprachhandeln auf die Prädispositionen des Adressaten auszurichten, zum Ausgangspunkt der eigenen sprachlich-kommunikativen Anthropologie gemacht (vgl. Kopperschmidt 2000). Sie stellt die wichtigste Situationsbedingung unter der rhetorischen Generalmaxime des ‚Aptums‘ dar. In zeitgemäßer linguistischer Terminologie ließe sich hier vom Erfordernis eines möglichst passenden *Rezipientendesigns* sprechen. Zweierlei ist dabei zu beachten: Erstens ist diese Einsicht für eine an ‚Populismus‘ interessierte Forschung nicht unproblematisch, weil sie auch auf die große Herausforderung verweist, populistisches Sprechen von der dargelegten ‚normalen‘ Anpassung politischer Akteure an Bürger und Bürgerinnen abzugrenzen, die jede Wahldemokratie erforderlich macht und die nicht zufällig in eben diesem historischen Kontext zur Entstehung der Rhetorik als Wissenschaft geführt hat. Klein beschreibt die populistische Verlockung entsprechend in rhetorischer Perspektive umgekehrt als den Versuch, Widerstand des Publikums durch Verstoß gegen bestimmte kommunikationsethische Normen zu minimieren (vgl. Klein 2019: 188). Hier findet sich erstens die Schwäche eines rein an der sprachlichen Form orientierten Populismusbegriffs wieder, den wir weiter oben nicht zufällig als den ‚rhetorischen‘ bezeichnet hatten. Zweitens führt der Fokus auf das Rezipientendesign rein analytisch natürlich nicht auf einen eigenen Phänomenbereich, der sich von dem substantiell unterscheiden würde, was wir oben als ‚Rezeptionssignale‘ bezeichnet haben: Rezeptionssignale sind die Realisation des anvisierten Rezipientendesigns und konstituieren es in ihrer Gesamtheit. Dennoch ist es wichtig, die Absolutsetzung der Aptum-, also der Anpassungsbedingung als Existenzgrundlage populistischen Sprechens zur Kenntnis zu nehmen, weil dies dafür sorgt, dass der Blick nicht mehr allein auf diejenigen gerichtet ist, *der* sich anpasst (den populistischen Sprecher), sondern eben auch diejenigen in die Analyse einbezieht, *an die* sich dieser angleicht. In letzter Konsequenz bestimmt zwar der Sprecher darüber, ob er sich – unter Umständen unabhängig von den eigenen Überzeugungen – bedingungslos den adressierten Rezipient*innen annähert, und er bleibt insofern kommunikations-

ethisch allein verantwortlich für die Entscheidung für den populistischen Interaktionsmodus und gegen anti-populistische Sprechweisen (vgl. Göhring 2019: 30). Wie diese Anpassung jedoch aussehen muss, um im Sinne der populistischen Intention erfolgreich zu sein, wird primär rezipientenseitig bestimmt.

Sofern man aber, wie weiter oben begründet, die unhaltbare Annahme eines vollkommen homogenen ‚Volks‘ als monolithische Rezipientenschaft der in Frage stehenden politischen Äußerung ablehnt, wird es relevant, verschiedene Rezipientengruppen im Sinne verschiedener Adressatengruppen auszudifferenzieren. Es ist also in die Analyse einzubeziehen, dass ein und dieselbe Äußerung mit verschiedenen Gruppen auch verschieden funktioniert und wirkt. *Rezipientendifferenzierung* ist also eine Mindestbedingung, wenn man in pragmalinguistisch angemessener Weise die Herstellung eines bestimmten politischen Kommunikationsmodus als Interaktion beschreiben und entsprechend deren beide Seiten in seine Rekonstruktion einbeziehen will. Mehrfachadressiertheit ist der Linguistik als Charakteristikum politischer Kommunikation ja gut bekannt (vgl. Niehr 2014: 116). Sie hat ihre Relevanz auch im Kontext der Populismusforschung. Gerade dass es nicht nur in der wissenschaftlichen Analyse, sondern auch in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mitunter so schwer ist, populistisches Sprechen als solches greifbar zu machen, hat vermutlich nicht zuletzt damit zu tun, dass dazu berücksichtigt werden muss, wer die Adressaten der Äußerung sind und mit welchen Prädispositionen sie an der Konstitution der populistischen Interaktion teilhaben. Tatsächlich ist anzunehmen, dass eine konkrete Äußerung, wenn sie populistische Rezeptionssignale aufweist, bei bestimmten Adressatengruppen tatsächlich populistisch funktioniert, während sie bei anderen vielleicht nicht oder anders wirkt.

Im Folgenden werden wir den Versuch unternehmen, anhand des innerdeutschen Diskurses und der möglicherweise notwendigen Unterscheidung eines ‚Populismus Ost‘ von einem ‚Populismus West‘ exemplarisch zu skizzieren, zu welcher Forschungspraxis eine im Sinne unserer theoretischen Überlegungen komplexitätsangemessene linguistische Modellierung von Populismus führen könnte.

5. Wir sind (k)ein Volk?

Im Fokus unserer Betrachtung steht das für den Populismus zentrale Konzept ‚Volk‘. Der dabei zugrundegelegte Volksbegriff ist insbesondere beim Rechtspopulismus, auf den wir unseren Fokus legen, in aller Regel ethnisch fundiert. Auf diese Weise wird dem Volk eine Homogenität zugewiesen, die zwar mit der Realität moderner pluralistischer Gesellschaften in keiner Weise übereinstimmt, sich aber vortrefflich eignet, nach dem altbekannten Freund-Feind-Schema die komplexe Welt auf ‚gut‘ und ‚böse‘ zu reduzieren. Das Böse sind dabei immer die Anderen: die ‚Eliten‘ (vgl. Abschnitt 2) und die ‚Fremden‘ (vgl. Pelinka 2020: 179). Aber wer gehört denn nun zum ‚Volk‘? Da in dieser Frage auch der Blick in Wahlprogramme kaum weiterführt (vgl. Kranert 2018), sei an dieser Stelle ein Befund aus der Forschungsliteratur angeführt:

„Da *Volk* ethnisch definiert wird, umfasst es keineswegs alle Staatsbürger, sondern nur diejenigen mit der ‚richtigen‘ Abstammung. Die abwertend so genannten *Passdeutschen*, also eingebürgerte Deutsche mit Migrationshintergrund, werden von diesem Volkskonzept ausgenommen und sollen nicht zum deutschen Volk gehören. Letztlich handelt es sich mithin um ein rassistisches Konzept von *Volk*, ohne dass offen mit dem Rasse-Begriff operiert wird.“ (Niehr 2019: 10; Hervorhebungen im Original)

Zentrales Bestimmungsmerkmal wäre demnach die ethnische Zugehörigkeit zu einer, hier der deutschen, „nationalen Abstammungsgemeinschaft“ (Geden 2006: 21). Auf diese Weise wird die vertikale Differenzierung zwischen ‚unten‘ und ‚oben‘ nicht nur ergänzt, sondern vielmehr verschoben zugunsten der horizontalen Gegenüberstellung des ‚Eigenen‘ und des ‚Fremden‘, wobei das Eigene in der Regel als ethnisch fundierte und/oder als Schicksalsgemeinschaft konzeptualisiert wird (vgl. Geden 2006: 21). Doch trifft es tatsächlich zu, dass man nahezu immer, wenn es um Rechtspopulismus geht, davon auszugehen hat, dass der Volksbegriff ethnisch motiviert ist bzw. in dieser Bedeutung situationsübergreifend verwendet wird?

Geden (2006: 21) deutet zumindest an, dass auch die Zugehörigkeit zu „anderen kollektiven Identitätsformationen“ abseits der nationalen Verortung mitunter eine Rolle spielen könnte. Was wären solche Identitäten? Und: Können diese die nationale Identität in den Hintergrund drängen oder gar ersetzen? An dieser Stelle zeigt sich die Notwendigkeit einer interaktionalen Perspektive, die den jeweils konkreten Adressatenkreis einbezieht, um zu bestimmen, was ‚Volk‘ in der konkreten Situation bedeutet bzw. ob sich in der konkreten Verwendung Bedeutungselemente finden lassen, die als Hinweise auf ein bestimmtes Rezipientendesign gedeutet werden können. Denn auch wenn rechtspopulistische Parteien – wie beispielsweise die AfD – die Pluralität und Komplexität moderner Gesellschaften gerade durch die oben beschriebene Konzeptualisierung des ‚Wir‘ und der ‚Anderen‘ geflissentlich nivellieren wollen, kommen sie, um politisch erfolgreich zu sein, nicht umhin, „Wählerinnen und Wähler mit unterschiedlichen Interessen, Prioritäten und Präferenzen zu mobilisieren“ (Séville 2019: 38). Der hier durchscheinende Zusammenhang von Rezeptionssignalen und Rezipientendesign ist vielleicht nicht besonders originell, weil er alle Parteien im politischen Wettstreit betrifft. Er gewinnt aber an Brisanz, wenn man mit Blick auf die bisherige Forschung danach fragt, inwiefern sich dieser Anpassungsdruck auf die für den Rechtspopulismus konstitutiven Konfliktlinien ‚oben‘/‚unten‘ sowie ‚Eigenes‘/‚Fremdes‘ auswirkt, die ja im politischen Betrieb von Populisten wie der AfD unabhängig von den zu lösenden Aufgaben immer wieder als Ursachen für gleichsam alle Probleme ins Feld geführt werden. Die wohl gängigste Strategie, die dem Rechtspopulismus wesenseigenen Grundunterscheidungen inklusive des damit verbundenen ‚Volks‘-Verständnisses zu aktualisieren, ist die „Politisierung alltagsweltlicher Differenzen, um auf diese Weise an solche Wissensbestände anzuknüpfen, die bei den Zielgruppen einer rechtspopulistischen Partei bereits weitgehend anerkannt sind“

(Geden 2006: 39). Mit anderen Worten: Die konstitutive Grundkonstellation bleibt bestehen, wird aber unter Bezugnahme auf (vermeintliche) Alltagserfahrungen der anvisierten Adressatengruppe auf eben jene zugeschnitten. Um dies zu illustrieren, wollen wir vor dem Hintergrund der immer wieder aufflammenden Diskussion um den Stand der deutschen Einheit bzw. um die wiederkehrend thematisierten Unterschiede zwischen Westdeutschen und Ostdeutschen zeigen, a) dass einiges dafür spricht, von unterschiedlichen Adressatenprädispositionen Ost/West auszugehen (Rezipientendesign/Rezipientendifferenzierung), und b) inwieweit sich im Sprachgebrauch der AfD Spuren für jene finden lassen (Rezipientensignale).

5.1 Das zwiegespaltene Volk

Die hier relevant gesetzten Unterschiede zwischen OSTDEUTSCH und WEST-DEUTSCH werden beispielsweise deutlich, wenn man den Mediendiskurs seit 1990 betrachtet. Vor allem diskurssemantische Analysen zur diskursiven Konstruktion OSTDEUTSCH im vereinten Deutschland (vgl. u.a. Pappert/Roth 2016; Roth 2004; ders. 2006) haben gezeigt, dass der Osten in den Massenmedien als etwas Anderes (Topos der Besonderheit) und darüber hinaus „als etwas strukturell Defizitäres“ (Topos der Schwäche) konzeptualisiert wird, worunter West- und Gesamtdeutschland zu leiden haben (Topos der Belastung) (Roth 2004: 30f.). Ausgehend von einem ‚Modell Westdeutschland‘ werden dem Konzept OST-DEUTSCH Merkmale wie Ineffizienz, mangelndes Demokratieverständnis, fehlendes Selbstbewusstsein, Passivität, Pessimismus, Anpassungsunfähigkeit, Realitätsferne, aber auch Undankbarkeit zugeschrieben (vgl. Pappert/Schröter 2008). Im Zuge dieser Kategorisierung erscheinen die Ostdeutschen als Mitglieder einer (kulturell, teilweise sogar ethnisch) fremden Gruppe, was hauptsächlich durch das Zuschreiben von typischen Eigenschaften, das Beschreiben von typischen Handlungen und den Vergleich mit der Gruppe der Westdeutschen erfolgt. Durch die Generalisierung und Kontrastierung von Eigenschaften und Verhaltensweisen werden den Ostdeutschen einerseits also spezifische Eigenschaften zugewiesen, andererseits werden diese nicht nur als ‚anders‘ markiert, sondern auch als ‚defizitär‘. Auf diese Weise werden Ostdeutsche und Westdeutsche nicht nur voneinander abgegrenzt, sondern es werden bereits bestehende Stereotype bestätigt oder neue konstituiert. Grundsätzlich entsteht der Eindruck, dass die Ostdeutschen (aus westdeutscher Sicht) von gesetzten Normen und Erwartungen in negativer Weise abweichen, was auch dazu führen könne, dass sich die ‚normalen‘ Westdeutschen in ihrer Identität bedroht fühlen und sich zunehmend abschotten. Dass das durch die Massenmedien vermittelte Bild auch bei der Selbst- und Fremdkategorisierung abseits der Berichterstattung seine Spuren hinterlässt und inwieweit die medial verwendeten sprachlichen Formen bei der Konstruktion deutsch-deutscher Wirklichkeit eine Rolle spielen, belegen exemplarisch Roth (2011) und Pappert/Roth (2016).

In jüngster Zeit bestimmt ein weiterer Aspekt den ost-westdeutschen Diskurs: die vermeintliche Affinität Ostdeutscher für rechtes bzw. populistisches Gedankengut, was das folgende Zitat vom Redaktionsnetzwerk Deutschland aus dem Jahr 2019 exemplarisch belegt:

„Die Ostdeutschen – das sind doch jene, die die AfD bei den jüngsten Wahlen nach vorne gewählt haben und so die Wahlergebnis-Landkarten blau färbten. Im Osten hat Pegida den Ursprung, ist die Fremdenfeindlichkeit so groß wie die Skepsis und Enttäuschung gegenüber den vormalig etablierten Parteien. Hier jammern die Bürger gerne, auch wenn es ihnen doch so gut geht wie nie zuvor – so zumindest die westdeutsche Sicht. Wir hören Chemnitz, Dresden, Freital, Tröglitz, Heidenau – und wir haben Bilder von Wut, Hass und Gewalt im Kopf. Die Folge: Ostdeutschland wird immer mehr ein Fremdkörper innerhalb der Bundesrepublik.“ (Suppa 2019)

Die hier offenbarte Westsicht auf die Befindlichkeiten der Ostdeutschen kommt freilich nicht von ungefähr. So konnten Studien zeigen, dass die Ostdeutschen tatsächlich so etwas wie eine eigene Identität pflegen. Diese beruht aber nicht vorrangig, wie oftmals angenommen, auf einer Art DDR-Nostalgie, d.h. einer Erinnerung an zwar schwere, aber eben auch Zeiten, in denen sich die „Fürsorgediktatur“ (Jarausch 1998) um alles gekümmert hat. Vielmehr „verdichtet sich über Jahrzehnte der Eindruck einer kollektiven Abwertung sowie Eigeneinschätzung als Bürger:innen zweiter Klasse in Deutschland“ (Pickel/Pickel 2020: 486). Dieses Gefühl wird gespeist aus Alltagserfahrungen, und zwar unabhängig davon, ob es die eigenen oder die von Gewährspersonen sind, sowie, wie wir es oben angedeutet haben, durch einen Mediendiskurs, der dieses Gefühl in weiten Teilen bestätigt.¹ Dies führt in der Konsequenz zu „einer kollektiven Abgrenzung und der Entwicklung einer eigenen Ostidentität, welche die eigene Aufwertung durch Abgrenzung zum ‚Westen‘ zu erzeugen versucht“ (ebd.). Interessanterweise betrifft dies auch zunehmend junge Menschen. Sie sehen sich mit Abwertungserfahrungen aufgrund ihrer Herkunft konfrontiert, und auch diese können selbst erlebt sein oder vom Umfeld tradiert werden. In erster Linie geht es dabei um „die Darstellung der Ostdeutschen als rechtsextrem, eine einseitige mediale Berichterstattung sowie Witze über Ostdeutsche“, was in dieser Gemengelage einen Prozess in Gang setzt, „in dem die Fremdzuschreibung zu einer Selbstzuschreibung wird, also zu einer ‚sozialen Identität‘“ (Kubiak 2020: 37). Zusammengefasst heißt das, dass die Ostidentität zwar die gefühlt erfahrene deutsche Einheit in Frage stellt und somit auch die des ‚homogenen deutschen Volkes‘, doch entsteht durch diese Abgrenzung eine ganz eigenwillige Konstellation, die ob ihrer Beschaffenheit der populistischen Grundfigur durchaus entgegenkommt.

1 Vgl. auch die vom MDR veranlasste Studie *Ostdeutschland in der Presse* aus dem Jahr 2018 unter www.mdr.de/zeitreise/wer-braucht-den-osten-datenanalyse-der-osten-in-den-medien-100.html (zuletzt aufgerufen am 08.11.2020).